

Am Scheideweg:

Europa retten für uns - nicht für die Banken!



Das europäische Haus wankt gewaltig! Allmählich wächst die Einsicht, dass Schluss sein muss mit einer Politik hinter verschlossenen Türen. Eine Folge von fast nicht vorstellbaren und oft unverständlichen Finanztransaktionen wird uns immer wieder mit ernsten Gesichtern und einer etwas vage erscheinenden Drohung mit dem Finanzmarkt erklärt. Gleichzeitig sehen wir, dass sich die Situation der Menschen in Ländern, die unter den gewaltigen Rettungsschirm geflüchtet sind, durch das ihnen auferlegte Spardiktat

dramatisch verschlechtert: Vermögen werden vor der Steuer ins Ausland transferiert, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch, ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen müssen Einkommenskürzungen hinnehmen, die für uns in Deutschland kaum vorstellbar wären. Aus Griechenland wird jetzt auch von einer gefährlichen Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung berichtet. Begleitet wird dies in großen Teilen der Presse mit einem undifferenzierten Bild von einem starken Deutschland und unfähigen Schuldnerstaaten, die uns so viel Geld kosten.

Wir wollen genauer hinschauen:

Im Vertrag von Maastricht wurde bei der Euro-Einführung eine strenge Haushaltsdisziplin und ein Verbot der gegenseitigen Haftung der Länder untereinander vereinbart. Die Währungsstabilität sollte so erhalten werden. Unterschiede in der Wirtschaftskraft, und damit der Handelsbilanz der Mitgliedsländer, können somit nicht mehr nach be-

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Am Scheideweg:

Europa retten für uns - nicht für die Banken

Veranstaltung mit Dr. Martin Runge, MdL, Bündnis90/Die Grünen.

Freitag, 20 Juli, 20 Uhr
"Dampfschiff" , Grafrath

kanntem Muster ausgeglichen werden: Auf- oder Abwertung der Währung im Außenverhältnis oder - wie z.B. in Deutschland - durch einen Länderfinanzausgleich im Binnenverhältnis eines Landes. Deshalb sind seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 2007 die Zinsen, die einige Euro-Länder an ihre Gläubiger zahlen müssen, dramatisch gestiegen. Deutschland erzielte, gefördert durch den Euro als Gemeinschaftswährung, einen Exportüberschuss. Zudem profitiert Deutschland noch von einem sehr niedrigen Zinssatz für seine Staatsschulden.



Diese Zinsunterschiede führten auch zu einer massiven Spekulation an den Finanzmärkten: Durch 'Wetten' auf Zinssteigerungen für einzelne hoch verschuldete Euro-Länder wurden die Zinsunterschiede weiter verschärft. Deutsche Banken sind - 'offiziell' mit 50 Mrd. € - stark an diesen Zins-Spekulationen beteiligt. So steht natürlich immer auch eine erneute Banken-Krise im Raum. Deshalb sahen sich die Euro-Regierungen kurzfristig vor die Alternative gestellt, Griechenland mit Krediten zu unterstützen oder mit der 'Insolvenz' Griechenlands die Euro-Zone als Ganzes in Gefahr zu bringen. Als provisorisches Instrument gegen die Banken-Krise wurde daraufhin 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) geschaffen. Die EFSF ist eine Luxemburgische Aktiengesellschaft, deren Wirken auf einen Zeitraum bis Juni dieses Jahres begrenzt wurde. Das war ein Feuerwehreinsatz, um Luft und Zeit für wirklich wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu kaufen. Leider wurde dies von der 'Merkozy'-Regierung in keiner Weise genutzt. Im Gegenteil: Statt wirksamer Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und Zinsspekulation wurden den Krisenländern immer drückendere Sparmaßnahmen auferlegt. In Griechenland schrumpfte 2010 die Wirtschaftsleistung um 4,5 Prozent. Die EU-Fördermittel konnten nicht abgerufen werden, weil das Land durch die

Sparmaßnahmen den vorgeschriebenen Eigenanteil nicht aufbringen kann.

EFSF reicht nicht aus ...

Da sich schon ankündigte, dass der EFSF nicht ausreicht, um der Schuldenkrise wirksam zu begegnen, hat die Europäische Zentralbank ab Anfang dieses Jahres von sich aus Schuldscheine unter Druck geratener Euro-Länder aufgekauft. Sie tat dies allerdings nicht direkt bei den Euro-Ländern, sondern bei den Gläubiger-Banken: Die Schuldner-Staaten zahlen weiter ihre vom Markt hochgepuschten Zinsen, während die EZB gleichzeitig zinslose Darlehen an die Banken ausgibt!

Mehr Europa - nur demokratisch!

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll den EFSF als langfristige Maßnahme zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Euro-Staaten ablösen. Es handelt sich hier - wie beim EFSF - um eine Luxemburgische Finanzinstitution mit einem geplanten Stammkapital von 700 Milliarden Euro (80 Mrd. Euro bar und 620 Mrd. € Kreditgarantien). Der ESM kann in Kraft treten, sobald der ESM-Vertrag von so vielen Euro-Staaten ratifiziert wurde, dass mindestens 90 % des Stammkapitals gezeichnet wurden. Das würde nach der Ratifizierung in Deutschland wohl der Fall sein. Die deutsche Beteiligung beträgt 190 Mrd. Euro. Nach Belgien, Frankreich, Griechenland und Slowenien wurde der Vertrag am 29. Juni mit Zweidrittel-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat in Deutschland ratifiziert. Bundespräsident Gauck muss allerdings mit seiner Unterschrift unter das Gesetz warten, bis das Bundesverfassungsgericht über schon eingegangene Klagen entschieden hat. Eine Vorentscheidung über die Verfassungsklage von 12.000 BürgerInnen, 'Mehr Demokratie', der ÖDP, den Freien Wählern, der Piratenpartei, der Fraktion der Linken und anderen Organisationen wird es am 10. Juli geben. Kern der mit unterschiedlichen Schwerpunkten eingereichten Klage ist die Befürchtung, dass durch ESM und Fiskalpakt so weitreichende Regelungen getroffen werden, die eigentlich nur in einer Volksabstimmung entschieden werden können.

Wir GRÜNE wollen eine breite Diskussion über Ursachen der gegenwärtigen Krise und Alternativen, Möglichkeiten und Chancen einer Europa-Politik für die Menschen. Dazu hat der GRÜNE ORTSVERBAND GRAFRATH/KOTTGEISERING den Bayerischen Europa-Kenner, Wirtschaftswissenschaftler, Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, Dr. Martin Runge zu einer Veranstaltung eingeladen.